

Sicherheitsrat: Bannon abgezogen

WASHINGTON Der umstrittene Berater von US-Präsident Donald Trump, Stephen Bannon, gehört einem Bericht zufolge nicht mehr dem Nationalen Sicherheitsrat der USA an. Trump habe das Gremium umorganisiert und Bannon abgezogen, berichtete die Nachrichtenagentur Bloomberg gestern. Der Nationale Sicherheitsrat berät den US-Präsidenten in wichtigen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik.

Facebook und Twitter müssen Hetze bald löschen

Die Netzwerke müssen nicht, drohen ihnen Bußgelder von bis zu 10 Millionen Euro

Die Bundesregierung will den Kampf gegen Hasskommentare und Falschnachrichten im Internet verschärfen. Das Kabinett beschloss gestern einen entsprechenden Gesetzentwurf von Justizminister Heiko Maas. Vorgesehen sind verbindliche Fristen zur Löschung und auch Bußgelder. Das Minister Problem besteht darin, dass teilweise gar nichts gemacht wird“, sagte der SPD-Politiker in Berlin. Die sozialen Netzwerke stünden aber in der Verantwortung, wenn sie Plattformen missbraucht und darüber Hassverbreitung sowie strafrechtliche Falschmeldungen verbreiten werden. Der Entwurf sieht

vor, dass Betreiber sozialer Netzwerke offensichtlich strafbare Inhalte wie Volksverhetzung, Bedrohung, Beleidigung oder üble Nachrede binnen 24

Stunden nach Eingang der Beschwerde löschen sollen, sonstige rechtswidrige Inhalte innerhalb von sieben Tagen. Bei Verstößen drohen den Firmen

Bußgelder bis zu 50 Millionen Euro. Kritiker sehen durch das Vorhaben die Meinungsfreiheit im Internet in Gefahr.

Minister Maas hielt der Kritik entgegen: „Die Meinungsfreiheit findet ihre Grenzen am Strafrecht.“ Mit dem

Gesetz werde zudem die Meinungsfreiheit geschützt, betonte er – und zwar die derer, die durch Bedrohungen, Verunglimpfungen, Hass und Hetzen

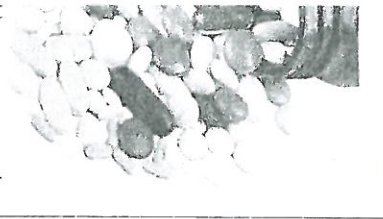
zum Mundtot gemacht werden sollten.

Die Situation in den Krankenhäusern verbessert werden soll. So werden die Krankenkassen und die Träger der Krankenhäuser aufgefordert, für spezielle Bereiche wie etwa Intensivstationen oder im Nachtdienst künftig verbindliche Personaluntergrenzen festzulegen, die nicht unterschritten werden dürfen.

Die Vereinbarung muss bis zum 30. Juni kommenden Jahres stehen und zum 1. Januar 2019 in Kraft treten. Sollten die Selbstverwaltungen sich bis dahin nicht eini-

gen, so sollen die Vorgaben auf fruchtbaren Boden fällt, steht auf einem anderen Blatt. Während die Gewerkschaft Verdi, nach deren Berechnungen rund 70 000 Stellen in der Pflege in den Krankenhäusern fehlen, schon seit Jahren für eine gesetzliche Personalbemessung eintritt, hält die Deutsche Krankenhausgesellschaft wenig von der verbindlichen Personaluntergrenze. Man werde sich der Diskussion „nicht verweigern“, sagt Joachim Odenbach von der Krankenhausgesellschaft der AZ. „Dennoch ist festzustellen,

maka runiggesteit“, sagt Patientenschützer Eugen Brysch „Für die meisten Heimbewohner ist das äußerst schädlich.“ Zu hohe Dosierungen machten die Patienten zu-



dass allgemeine Personaluntergrenzen in der Pflege der falsche Weg sind.“ Der Personalbedarf hänge vielmehr von anderen Faktoren wie Erkrankungen der Patienten, dem Personalmix der Klinik und den baulichen Bedingungen in den Häusern ab. Starre Vorgaben stünden einem

„flexiblen Personaleinsatz entgegen und erschweren ein effizientes Personalmanagement“.

Zudem beklagt der Interessenverband der Krankenhäuser, dass in der Pflege schon jetzt Fachkräftemangel herrsche. Der Markt sei leergefegt.

„Die Situation in München ist seit Jahren prekär“

Wie groß ist das Pflege-Problem in München? Philip Kreßler, Sprecher des Klinikums Großhadern, erklärt der AZ: „Die Situation der Pflegekräfte in den Kliniken ist insbesondere in den Ballungsräumen und vor allem in München seit Jahren prekär“. Gründe hierfür kann er viele benennen: Die Auswahl an Arbeitgebern ist groß, die Lebenshaltungskosten sind hoch und bezahlbarer Wohnraum ist knapp.

Der Pflegeschlüssel in Großhadern habe zwar schon eine sehr gutes Verhältnis, sagt Kreßler. Beispielsweise auf der Intensivstation kümmere sich ein Pfleger um zwei Patienten. Doch auf Allgemeinstationen muss sich dagegen eine Pflegekraft in der Früh- schicht um sieben Patienten kümmern.



Klinik-Sprecher Philip Kreßler.

Foto: LMU

„Unsere Situation ist momentan grundsätzlich in Ordnung“, sagt er zur aktuellen Lage. Schwierig werde es, wenn die geforderte Mindestzahl dann zur generellen Regel wird – weil der Markt nicht mehr hergibt. Das sei aber natürlich ein allgemeines Problem, das nicht nur sein Klinikum betreffe.

„Die Herausforderung ist nun, das für alle Schichten zu erreichen, wo sonst ein 1:10-Verhältnis besteht, also sich ein Pfleger um zehn Patienten kümmern muss“, sagt Kreßler.

Wie man sich in Großhadern hilft? Durch einen Aufnahmestopp. Dadurch sollen dauerhafte Überlastungen vermieden werden. „Die Pflegenden haben die Möglichkeit die Aufnahmekapazitäten zu reduzieren“, erklärt Kreßler.

Pflegehilfskräfte werden zusätzlich zu Pflegekräften eingesetzt. Gleichzeitig möchte man den Arbeitsplatz Klinikum so attraktiv wie möglich gestalten, etwa durch flexible Arbeitszeiten und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, „soweit der Ablauf in der Patientenversorgung dies zulässt“, schiebt er hinterher.

Um die Personalsituation zu verbessern, setzt man in Großhadern außerdem auf die eigene Ausbildung: Es gibt Ausbildungsplätze für Operationstechnische und für Anästhesietechnische Assistenten sowie eine Schule für Pflegefachhelfer an der Staatlichen Berufsfachschule für Krankenpflege.

Im Gegensatz zu einer examinierten Pflegekraft mit dreijähriger Ausbildung dauert die Ausbildung zum Pflegefachhelfer nur ein Jahr. Der erste Ausbildungsjahrgang startet in diesem August, sagt Kreßler. **Ruth Schormann**

Wer an einer Ausbildung interessiert ist, kann sich hier informieren: www.klinikum.uni-muenchen.de/Staatliche-Berufsfachschule-fuer-Krankenpflege/de/Pflegefachhelfer

AZ: 8.4.17